

Geschichte Lateinamerikas im 19. und 20. Jahrhundert.

Ein historischer Überblick.

1 Entwicklungsdiktaturen in Lateinamerika

Die seit den 1960er Jahren entstandene Dependencia-Theorie erklärte die Unterentwicklung in Lateinamerika mit der abhängigen Unterordnung Lateinamerikas in der internationalen Arbeitsteilung. Ausfluss dieser Unterordnung war die Herausbildung eines (agrar-) exportorientierten Wirtschaftsmodells. Das verhinderte Landreformen, Industrialisierung, die Herausbildung eines Binnenmarktes und soziale Reformen. Die Vorschläge zur Veränderung der deformierten Strukturen in den Ökonomien Lateinamerikas gingen jedoch auseinander: Einerseits plädierten reformorientierte, dem *CEPALismo* verpflichtete Konzepte für eine binnenorientierte Industrialisierung und soziale Reformen. Radikalere Stimmen sprachen sich für die Abkoppelung (Dissoziation) vom Weltmarkt aus oder optierten für eine panamerikanische soziale Revolution. Die bekannteste dieser radikalen Stimmen war jene Andre Gunder Franks. Er legte jedoch nicht nur Untersuchungen über die von außen bestimmten Ursachen der Unterentwicklung in Lateinamerika vor. Auch die Innenseite der Unterentwicklung ließ er in seine Überlegungen einfließen. Dabei machte er eine wichtige Ursache für die Entwicklungsblockade in Lateinamerika aus: Das politische Verhalten des nationalen Bürgertums. Es ist in seinen Akkumulationsinteressen den Vorgaben der Kapitalbesitzer in den Metropolen untergeordnet und lukriert seinen Profit aus dem Fortdauern entwicklungshemmender Strukturen (z. B. ungleiche Landverteilung). Das abhängige Bürgertum kann damit nicht zum Träger einer Modernisierung werden, vor allem wenn deren Umsetzung seine Interessen tangiert. Damit stellt sich dieses Bürgertum auch vehement gegen die Forderungen von Bauern, Land- und Industriearbeitern – ungleiche Landverteilung, niedrige Löhne und ungeschützte Arbeitsbedingungen bilden für diese bürgerlichen Eliten schließlich die Grundlage des Erfolges am Weltmarkt. Dadurch verliert die lateinamerikanische Bourgeoisie für Frank den Nimbus von Fortschrittsträgern und verkommt zur **Lumpenbourgeoisie**. Um dem Druck zu begegnen, der in sozialen Bewegungen aufgebaut wurde, und um ihre Interessen zu wahren, greift die Lumpenbourgeoisie auf das Mittel der Diktatur zurück. Diese soll eine Modernisierung des Landes nach den Bedingungen der traditionellen Eliten vollziehen. Das bedeutet: Von Auslandskapital getragene Industrialisierung, Ausbleiben einer Landreform sowie eine – mangels Massennachfrage – nur geringe Expansion des Binnenmarktes. Die seit dem Ende der 1960er Jahre auftretenden Militärdiktaturen in Lateinamerika können die von Frank geäußerten Zusammenhänge illustrieren. In Brasilien z. B. setzte die Militärdiktatur 1964 ein, in Argentinien konnten die Generäle von 1966 bis 1973 und von 1976 bis 1983 die Macht inne haben. Auch die Führer der populistischen Regime nach der Weltwirtschaftskrise entstammten oftmals militärischen Kreisen – viele dieser Regime lassen sich durchaus als Militärdiktaturen bezeichnen. Getragen wurde der populistische Herrschaftstypus jedoch oft von nationalistisch gesinnten mittleren Offizieren. Aus dem Kleinbürgertum entstammend förderten sie jene Emporkömmlinge, denen die populistische Integration der unteren Klassen gelang. Sie verfügten bei den unterprivilegierten Klassen über eine soziale Basis. Die Militärdiktaturen seit dem Ende der 1960er Jahre erhielten ihren Impuls stärker von oben:

Hohe Offiziere und Generäle, die den alten Familien der Oligarchie entstammten (und damit durchwegs der "Lumpenbourgeoisie" angehörten), ergriffen die Macht. Ihr Ziel war es, Ruhe und Ordnung im Sinne der Verwertungswünsche von in- und ausländischem Kapital wiederherzustellen. Das direkte Eingreifen der Militärs in die politischen Belange ihrer Länder hat verschiedene Programme und politische Strategien gefördert, die unter Federführung der USA seit der Kubanischen Revolution ausgearbeitet worden waren. Dazu gehören die *Civic-Action*-Programme und die *Counterinsurgency*-Strategie.

Anhand des Beispiels Brasiliens widmet sich dieser Abschnitt folgenden Themen:

- Militärdiktaturen in Lateinamerika – ein Überblick
- Merkmale und Folgen der Militärdiktaturen
- Civic-Action-Programme und die Counterinsurgency
- Militärdiktatur in Brasilien 1964–1985
- Die Wirtschaftspolitik der brasilianischen Militärdiktatur
- Der Übergang zur formalen Demokratie

1.1 Militärdiktaturen in Lateinamerika – ein Überblick

Zwei Jahrzehnte – von 1965 bis 1985 – dominierten Militärdiktaturen das politische Gesicht Lateinamerikas. Im Jahre 1976 wurden nur noch (das quasi-autoritär regierte) Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Costa Rica nicht von einer Diktatur oder Militärdiktatur regiert. Folgende Aufstellung gibt einen Überblick über die Herrschaftszeit der Generäle:

Argentinien:	1966–1973 und 1976–1983
Bolivien:	1971–1979/1985
Brasilien:	1964–1985
Chile:	1973–1990
Dominikanische Republik:	1963–1978
Ecuador:	1972–1979
El Salvador:	1979–1984
Guatemala:	1954–1986
Haiti:	1958–1990/1994
Honduras:	1963–1982
Nikaragua:	1933–1979
Panama:	1968–1978/1989
Paraguay:	1954–1989
Peru:	1968–1980
Uruguay:	1973–1985

Verschiedene Jahreszahlen für das Ende der Diktatur verweisen auf extrem instabile Phasen, die von der Konkurrenz zwischen unterschiedlichen militärischen und zivilen Fraktionen und/oder der raschen Abfolge ziviler und militärischer Führungsorgane geprägt sind.

(Quelle: Boris, Dieter: Soziale Bewegungen in Lateinamerika. VSA: Hamburg: 106).

Bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten die Armeen keine derart bestimmende Rolle in der Politik Lateinamerikas gespielt. Die relativ geringe Anzahl von kriegerischen Konflikten, die Abwesenheit von großen Feldschlachten und die geringe Professionalität der bewaffneten Einheiten illustrieren dies. Spätestens mit der Kubanischen Revolution änderte sich das Verhältnis von Armee und Politik in Lateinamerika. Dass eine kleine Gruppe von Guerilleros 1959 in der Lage war, den in sich zusammenbrechenden Sicherheitsapparat des kubanischen Staates zu überrennen und die Macht zu übernehmen, verlangte aus der Sicht der USA nach Reaktionen zur Verhinderung vergleichbarer Entwicklungen. Ein Bündel von Konzepten und Maßnahmen führten unter Federführung der USA zu einer materiellen und geistigen Aufrüstung der Armeen Lateinamerikas. Damit wurde der Emanzipation der Militärs der Weg geebnet.

Zu den Maßnahmen und Strategien gehörten: die **Civic-Action-Programme**, die **Counterinsurgency-Strategie** (Revolutionsvermeidungsstrategie) sowie die **Doktrin der nationalen Sicherheit**.

1.1.1 Merkmale und Folgen der Militärdiktaturen

Die von den USA und den anderen Mächten der westlichen Hemisphäre unterstützten Militärdiktaturen entwickelten sich in manchen Ländern zu offen **staatsterroristischen Regimen**. Erschießungen, Entführungen, das Verschwinden-Lassen von Personen und Folter – die Repressionen richteten sich gegen alle organisierten Gegenkräfte, ganz gleich ob sie sich einer revolutionären Veränderung verschrieben hatten oder reformorientiert waren. Guerilla-Gruppen, Gewerkschaften, ländliche Vereinigungen, linke Parteien, kirchliche Kritiker, Studenten u. a. wurden Opfer der Repressionswelle. Allein in Argentinien fielen an die 30.000 Menschen der Diktatur (1976–1983) zum Opfer. In den 1970er Jahren wurden die sozialen Bewegungen Lateinamerikas ihrer erfahrenen, theoretisch versierten und organisatorisch führenden AktivistInnen beraubt. Die Militärdiktaturen brachen mit dem klassenübergreifenden populistischen Konsens, der die Industrialisierungskonzepte seit den 1930er Jahren begleitet hatte. Die Modernisierung sollte ohne die Ansprüche der unteren Klassen vorangetrieben und deren Widerstände gebrochen werden. Vor allem sollten die strukturellen Interessen der Besitzenden nicht weiter in Frage gestellt werden. Dies galt vor allem für die Landfrage.

Zusammenfassend lässt sich sagen: "[...] daß die Militärdiktaturen auf dem Felde der Wirtschaftspolitik als bewaffneter Arm des nationalen und internationalen Kapitals dienten. Sie verteidigten die Klasseninteressen der Besitzenden, die unter Druck geraten waren." (Sterr, Albert: Einleitung. In: Sterr, Albert (ed.): Die Linke in Lateinamerika. Analysen und Berichte. ISP/ Rotpunktverlag: Köln/Zürich: 35)

In diesem Sinne lassen sich die Militärdiktaturen als **anti-revolutionäre Regime** definieren. Den Boden sozialer Ungleichheit, der die sozialen Bewegungen nährte, konnten die Militärdiktaturen nicht beseitigen. Sie gerieten in vielen Fällen unter den Druck sich neu organisierender Bewegungen (MenschenrechtsaktivistInnen, Frauennetzwerke, christliche Basisgemeinden, wilde Streiks, neue Gewerkschaften). Darüber hinaus vergrößerten die Industrialisierungsmaßnahmen der Militärdiktaturen das städtische Proletariat und damit das oppositionelle Potenzial. Spätestens mit den ökonomischen Krisen seit Beginn der 1980er Jahre hatten sich die Militärs auch als Träger einer nachholenden Entwicklung diskreditiert.

Krise der Diktaturen und Demokratisierung

Die Demokratisierung in den 1980er Jahren (*transición*) ging in vielen Ländern auch mit dem Ende einer schuldenfinanzierten und binnenorientierten Industrialisierungsstrategie einher. Die neoliberale Umstrukturierung und die entsprechenden staatlich organisierten Sparmaßnahmen sollten zivilen Regierungen überlassen werden.

Den Militärdiktaturen hafteten darüber hinaus die Mängel aller bürokratisch-autoritären Regime an: Ineffizienz, Korruption und hohe Kosten. Nicht zuletzt eignete ihnen die Tendenz, sich als Apparat soweit zu verselbstständigen, dass damit die Interessen der Besitzenden sowie der politischen Unterstützer in den USA und in Europa bedroht waren. Das galt sowohl für den ökonomischen Bereich (parasitäre Selbstbedienung der militärischen Kaste) als auch für den politischen (z. B. der Malvinas-Konflikt 1982 zwischen Argentinien und England, die Atomprogramme Brasiliens und Argentiniens, die Causa Noriega etc.). Die nachhaltige und bis heute nicht überwundene Schwächung der lateinamerikanischen sozialen Bewegungen – Guerillas, kämpferische Gewerkschaftsführer, Bauernaktivisten, revolutionäre Kader sowie die intellektuellen Träger einer sozialrevolutionären Veränderung waren buchstäblich liquidiert worden – begünstigte in gewissem Sinne die Rückkehr zur Demokratie.

Aus der Sicht der Eliten hatten die sozialen Bewegungen in Folge der Repression ihre Fähigkeit, die Gesellschaftsstrukturen herauszufordern, eingebüßt. Der Übergang zur Demokratie schien daher ungefährlich. Der Zusammenbruch des Ostblocks im Zäsur-Jahr 1989 verschob zudem die Kräfteverhältnisse global und fundamental zu Ungunsten gesellschaftsverändernder Perspektiven. So verlief die Demokratisierung in Lateinamerika zeitlich parallel zur Durchsetzung des neoliberalen Paradigmas auf ökonomischer Ebene. Die sozialen Bewegungen vermochten trotz des wiedergewonnenen demokratischen Handlungsspielraums diese Entwicklung (und ihre sozialen Folgen) nicht zu stoppen.

1.1.2 Civic-Action-Programme und die Counterinsurgency

Zu den Maßnahmen und Strategien, welche die Emanzipation der Militärs in Lateinamerika seit den 1960er Jahren ermöglichten, gehörten:

1.) Die *Civic-Action-Programme*

Diese sahen vor, dass militärische Spezialeinheiten für Entwicklungsvorhaben unterschiedlicher Art, wie z.B. Straßenbau und Alphabetisierung der Bevölkerung, eingesetzt werden. Damit sollte einerseits revolutionären Guerillagruppen der Nährboden entzogen werden. Andererseits beabsichtigte diese Strategie, die Beliebtheit des Militärs bei der Bevölkerung zu erhöhen. Daraus entstand auch ein neues Selbstverständnis unter den Militärs: Sie sahen sich nun als entwicklungspolitische Elite, was wiederum ihre Bereitschaft erhöhte, die Macht zu übernehmen.

2.) Counterinsurgency-Strategie (Revolutionsvermeidungsstrategie)

Unter dieser Strategie werden alle präventiven Maßnahmen militärischer, politischer, wirtschaftlicher und psychologischer Natur verstanden, welche ein Staat vorbeugend ergreift, um Revolutionen zu vermeiden. Dazu gehören auch die angesprochenen *Civic-Action-Programme* sowie politische Projekte wie die von **Kennedy** 1961 ausgerufene **Allianz für den Fortschritt**. Die USA unterstützten diese Programme in Lateinamerika gezielt durch finanzielle Zuschüsse und durch Infrastruktur. Dies sollte "kommunistischen Konspirationen" entgegenwirken.

3.) Die Doktrin nationaler Sicherheit

Diese Doktrin wurde auf allen Militärakademien des Kontinents gelehrt. Sie war unter Mitwirkung der USA entwickelt worden. In Einrichtungen wie der *School of The Americas* in der Panama-Kanalzone, die bis zum Jahre 1984 an die 50.000 lateinamerikanische Offiziere durchliefen, gehörte sie zum fixen Ausbildungsprogramm. Institutionen wie die brasilianische *Escola Superior de Guerra* bereiteten mit der Doktrin der nationalen Sicherheit die Machtübernahme der Militärs systematisch vor. Mit dieser Doktrin wurde eine umfassende äußere (Kuba, Sowjetunion) und innere Bedrohung (sozialrevolutionäre Bewegungen) angenommen, die ein Eingreifen und längerfristiges Halten der Macht erfordern würde. Jeder auf gesellschaftliche Veränderung drängende Akteur wurde undifferenziert als Agent des äußeren Feindes betrachtet. Gesellschaftspolitisch operierte die Doktrin nationaler Sicherheit mit einem ständestaatlichen Gesellschaftsbild: Der Staat als Organismus müsse hierarchisch und nach den Aufgaben seiner einzelnen Organe gegliedert werden. In den **1980er Jahren** wurde die Doktrin nationaler Sicherheit und die *Counterinsurgency*-Strategie durch die Doktrin der *low intensity warfare* fortgeführt.

1.2 Das Beispiel Brasilien

1.2.1 Militärdiktatur 1964–1985

Im Jahre 1964 putschte das brasilianische Militär mit Unterstützung US-amerikanischer Flottenverbände. Präsident **João Goularts** (1961–1964) musste ins Ausland flüchten, seine Reformversuche (z. B. Nationalisierung ausländischer Unternehmen) wurden zurückgenommen. Von 1964 bis 1967 regierte General **Humberto Castelo Branco**. Trotz der Errichtung einer Diktatur versuchte das brasilianische Militärregime eine verfassungskonforme Fassade aufrecht zu erhalten. Die Generäle regierten offiziell als Präsidenten und die Parteien wurden nicht grundsätzlich verboten, sondern reguliert. So schuf das Regime per Verordnung ab 1966 die Parteien-Allianz der Nationalen Erneuerung (*Aliança Renovadora Nacional* [=ARENA]) als Regierungspartei und die Brasilianische Demokratische Bewegung (*Movimento Democrático Brasileiro* [=MDB]) als Opposition.

Die Verfassung wurde mittels so genannter **Institutioneller Akte** modifiziert.

Durch den "1. Institutionellen Akt" (=AI-1) im Jahr 1964 wurde dem Präsidenten die Möglichkeit gegeben, gewählten Mandatsträgern das Mandat abzuerkennen.

Mittels des "2. Institutionellen Akts" (=AI-2) im Jahr 1965 wurden die bestehenden politischen Parteien aufgelöst und das bereits erwähnte künstliche Zwei-Parteiensystem geschaffen. Dieses System bezeichnete man offiziell als "**relative Demokratie**": Alle politischen Amts- und Würdenträger mussten sich innerhalb von 45 Tagen entscheiden, ob sie der Regierungspartei *Aliança Renovadora Nacional* (=ARENA) oder dem *Movimento Democrático Brasileiro* (=MDB) angehören wollten. Manfred Wöhlcke bezeichnet die Haltung der Regierung gegenüber der Opposition als "Mischung zwischen Kontrolle und Förderung". (Wöhlcke, Manfred (1987, 2. Auflage): Brasilien. Anatomie eines Riesen. C. H. Beck: München: 42)

Soziale Bewegungen übten bereits früh Druck auf die Militärdiktatur aus. So führten während der Präsidentschaft des Generals **Arthur da Costa e Silva** (1967–1969) überwiegend studentische Demonstrationen zum Erlass eines Ermächtigungsgesetzes (1968), das

weitgehende Repressionen rechtfertigte. Im Jahre 1969 wurde Brasilien von einem Militärtriumvirat regiert, von 1969 bis 1974 hatte General **Emílio Garrastazú Médici** die Präsidentschaft inne. Zu dieser Zeit erreichte die politische **Repression** einen Höhepunkt: Für das Jahr 1969 wird die Zahl der politischen Gefangenen mit 12.000 beziffert. Der zunehmende Unmut über die Militärdiktatur äußerte sich bei den Parlamentswahlen 1974, als die von den Militärs gesteuerte Regierungspartei ARENA ihre Zweidrittelmehrheit einbüßte. Die Präsidentschaft **Ernesto Geisels** (1974–1979) sah sich mit einer weiteren Erstarkung der Opposition aus Privatunternehmern, Arbeitern, Gewerkschaften, Intellektuellen und der katholischen Kirche konfrontiert. Die Erstarkung des Industrieproletariats manifestierte sich ab Ende der 1970er Jahre in einem beispiellosen Wiederaufflammen sozialer Bewegungen. Im Jahre 1978 kam es zu einer illegalen **Streikbewegung** der Facharbeiter in den Industrieregionen. Die Streikbewegung vermochte durch ihre Geschlossenheit und Massivität große Teile der brasilianischen Gesellschaft hinter sich zu vereinen. Ein militärisches Eingreifen wurde dadurch unmöglich, die Streiks mussten geduldet werden.

Auch auf politischer Ebene war Druck entstanden. 1979 erfolgte die Wiedezulassung oder Neugründung unabhängiger politischer Parteien sowie eine weitgehende Amnestie für politisch Verfolgte. Weitere Anzeichen der von den Militärs gesteuerten Liberalisierung war die Auflösung von ARENA und MDB im Zuge des neuen Parteiengesetzes.

João Batista Figueiredos setzte unter seiner Präsidentschaft (1979–1985) Geisels Politik der vorsichtigen politischen Öffnung fort. 1982 umfasste das politische Spektrum bereits über zwanzig Parteien; die Opposition stellte bei Wahlen zehn der 22 direkt gewählten Gouverneure. Die in PDS umbenannte Regierungspartei verlor ihre absolute Mehrheit im Parlament. Die erfolgreiche Streikbewegung des Jahres 1980 von 250.000 Metallarbeitern legte die brasilianische Automobilindustrie lahm. Die Hauptforderungen: Realloohnerhöhungen, Abschaffung der 48-Stunden-Woche, freie gewerkschaftliche Betätigung, einjährige Arbeitsplatzgarantie. Die Gründung des Gewerkschaftsdachverbandes *Central Unica dos Trabalhadores* (=CUT) im Jahre 1983 goss diese Mobilisierungen in eine institutionelle Form. Die CUT steht seitdem stellvertretend für den *novo sindicalismo* in Brasilien: dieser zeigt sich basisorientiert, klassenkämpferisch und nicht korporativistisch oder staatsnah. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1985 kam es auch zu einer Mobilisierung über den gewerkschaftlich-ökonomischen Bereich hinaus: Millionen Brasilianer forderten vergeblich die Direktwahl des Präsidenten (*Diretas já!*-Kampagne).

1.2.2 Die Wirtschaftspolitik der brasilianischen Militärdiktatur

Die Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur in Brasilien verfolgte das Ziel nachholender Modernisierung. Dabei versprachen die Machthaber der einheimischen Agrar- und Finanzbourgeoisie sowie dem ausländischen Kapital ein gutes Investitionsklima. Die Arbeiterschaft sollte durch Repression in ihren Ansprüchen zurückgedrängt werden. Dies bedeutete eine **dirigistische Lohnpolitik** und die Ausschaltung jener Gewerkschaften, die dem Staat nicht loyal gegenüberstanden. Unter der Militärdiktatur kam es zur staatlichen Förderung von Großbetrieben und **Großprojekten** zur Erschließung natürlicher Ressourcen. Diese sollten Brasilien von der Rohstoffeinfuhr unabhängiger machen. Die Unterzeichnung eines Atomabkommens mit der BRD im Jahre 1975 wirft ein Licht auf diese an Großprojekten orientierte Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur. Die Atomkraft ist dabei nur eines jener pharaonischen Projekte, die zu einer Auslandsverschuldung von über einhundert Milliarden US-Dollar beitrugen. Brasilien wurde zum **Schwellenland** (Energieerzeugung, Luftfahrt, Rüstungsgüter, Mikroelektronik) und erlebte ab 1968 ein Wirtschaftswunder, das

bis zur Ölkrise 1973 anhielt und sich durch Zuwachsraten von über 10% pro Jahr auszeichnete. Allerdings: Von den hohen Wachstumsraten profitierten nur die Mittel- und Oberschichten. Schließlich führten die ungleiche Einkommensverteilung, die galoppierende Inflation und die drastisch gestiegene Auslandsverschuldung zu einem Scheitern der Wirtschaftspolitik.

1.2.3 Der Übergang zur formalen Demokratie – keine Lösung der Agrarfrage

Bei den **Präsidentenwahlen 1985** siegte der oppositionelle **Tancredo Neves** mit überwältigender Mehrheit. Mit ihm übernahm seit dem Putsch das erste Mal eine zivile, demokratisch (jedoch nicht direkt) gewählte Regierung das Präsidentenamt. Neves verstarb aber noch vor seiner Amtsübernahme. So trat Vizepräsident **José Sarney** verfassungsgemäß die Nachfolge von Neves an. Sarney regierte von 1985 bis 1990. Die Großgrundbesitzer sabotierten die während der Regierungszeit Sarney entworfenen Pläne zur Agrarreform mit Hilfe bewaffneter Milizen; auf der anderen Seite organisierten sich mit kirchlicher Unterstützung die Landlosen.

Am 13.5.1988 feierte das weiße Brasilien 100 Jahre Abschaffung der Sklaverei. Die Verbände der Schwarzen, linke Parteien und Teile der Kirche verwiesen jedoch gleichzeitig auf die noch immer geführte Randexistenz der schwarzen Bevölkerung.

Im Jahre 1988 wurde die neue Verfassung verabschiedet – die fünfte in diesem Jahrhundert. Eine Lösung des drängenden Agrarproblems ist weiterhin nicht absehbar. Die nicht gelöste **Agrarfrage** und die allgemeine Gewalt in den ländlichen Regionen erlangt am 22. Dezember 1988 weitreichendere Aufmerksamkeit, als der international bekannte Chef der brasilianischen Kautschukzapfer, **Chico Mendes**, im Bundesstaat Acre Opfer eines Mordanschlags wurde. In Brasilien kam es zur Herausbildung einer Massenbewegung für eine radikale Landreform: Die Bewegung der Landarbeiter ohne Boden (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra* [=MST]) feierte 1989 bereits ihr zehnjähriges Bestehen. Ihr konsequentes und radikales Auftreten, ihre Orientierung an kollektiven Aktionsformen und Lösungen (Genossenschaften) und ihre über den partikularen agrarischen Bereich hinausgehenden politischen Forderungen ließen sie zu einer gesamtgesellschaftlich relevanten sozialen Bewegung aufsteigen. Sie steht stellvertretend für einen Radikalisierungs- und Politisierungsprozess vieler Agrarbewegungen in Lateinamerika. Die MST wuchs über den eingeschränkten Rahmen einer partikularen und dezentralen Organisation nach dem Bilde der Neuen Sozialen Bewegungen hinaus und wurde zu einer Massenbewegung mit einem allgemeinen gesellschaftsverändernden Anspruch.